

**Bürgerinitiative „Hände weg von Schwedeneck“  
Einführung zur öffentlichen Veranstaltung am 9. Mai 2016, Schwedeneck**

Prof. Dr. Linda Maria Koldau, Sprecherin der Bürgerinitiative

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Habeck, liebe Referenten, liebe Bürgerinnen und Bürger,

auch im Namen der Bürgerinitiative „Hände weg von Schwedeneck“ ein herzliches Willkommen auf Gut Hohenhain. Wir freuen uns, dass Sie heute gekommen sind und dass Sie, lieber Herr Minister, das Gespräch mit der Bürgerinitiative und den Bürgern der Region suchen. Vor allem sind wir froh, dass wir heute Ihnen persönlich die Fragen stellen können, die uns brennend beschäftigen.

Bevor ich auf diese Fragen komme, möchte ich einleitend die Situation skizzieren. Im März 2013 haben Sie und das Bergamt der RWE-DEA die Bewilligung erteilt, im Feld Schwedeneck-See Erdöl zu suchen und es damit letzten Endes auch zu fördern. Bis heute erscheint uns diese Entscheidung unfassbar, denn die gesamte Südküste der Eckernförder Bucht mit ihrer labilen Steilküste und ihren einmaligen Biotopen ist europäisches Naturschutzgebiet. Bestimmte Sportarten sind hier den ganzen Sommer über verboten, um gefährdete Arten zu schützen – die DEA aber erhält die Erlaubnis, in Schwedeneck das ganze Jahr über mit Schwerindustrie zu arbeiten?

Die Bewilligung ist und bleibt unfassbar, denn auch Ihre eigenen Experten im Umweltministerium haben auf den Antrag der DEA eine Stellungnahme vorgelegt, die mit dem klaren Ergebnis schließt, „dass Interessen des Natur- und Artenschutzes das beantragte Vorhaben **im gesamten Feld ausschließen.**“

Die DEA hat dennoch die Bewilligung erhalten – und somit einen Rechtstitel darauf, dass auch ein Betriebsplan genehmigt wird.

Sie haben unserer Bürgerinitiative am 4. Februar 2016 geschrieben: „Das Bergamt hat diese Stellungnahme geprüft und festgestellt, dass es Gebiete im Bewilligungsfeld gibt, die nicht Teil eines ausgewiesenen naturschutzrelevanten Gebietes sind. Daher lagen keine entgegengesetzten öffentlichen Interessen vor, die sich auf das gesamte zuzuteilende Feld erstrecken.“ Damit erklären Sie die Bewilligung als gerechtfertigt.

Diese Erklärung hinterlässt aber noch mehr und noch dringendere Fragen.

1. Sind die Mitarbeiter des Ministeriums, die eine derart kompetente Stellungnahme zum Feld Schwedeneck-See verfasst haben, letzten Endes doch inkompetent? Die Stellungnahme dieser Mitarbeiter schließt mit den Worten, dass eine Ölförderung im **GESAMTEN** Feld auszuschließen ist – laut Bergamt aber haben Ihre Mitarbeiter offenbar vergessen zu prüfen, wie groß dieses Feld in Wirklichkeit ist.
2. Die öffentlichen Akten schweigen sich zu diesem entscheidenden Punkt, der Entscheidung über die Größe des Feldes, aus. Dieser Punkt muss jedoch zwischen Ihnen und dem Bergamt diskutiert worden sein, denn ansonsten ließe sich ja nicht erklären, wie aus dem **NEIN** des Ministeriums ein **JA** des Bergamts wird. Wo sind diese Akten? Warum werden sie trotz anhängiger Klage zurückgehalten?

Und abschließend die allgemeine, bleibende Frage: Wie kann es sein, dass ein Gebiet, das unter eindeutigen deutschem und europäischem Natur- und Artenschutz steht, von einem grünen Umweltminister einfach zur Ölaufsuche und -förderung freigegeben wird?

Wir haben diese Fragen bereits in unserem zweiten Offenen Brief an Sie formuliert, darauf aber bis heute keine Antwort erhalten. Diese offenen Fragen wollen wir heute im Raum stehen lassen und stattdessen vier Fragen stellen, die nicht auf die Vergangenheit gerichtet sind, also auf den äußerst fragwürdigen Verlauf der Bewilligung, sondern auf die Gegenwart und die Zukunft.

### **Frage 1: Warum leugnen Sie die realen Gefahren der Ölförderung?**

Am 10. März 2016 hielt Ihre Staatssekretärin Dr. Ingrid Nestle vor Vertretern der schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen eine flammende Rede gegen die Gefahren, ja, die Tödlichkeit der Ölförderung. Ihre Worte: „Kaum eine Art der Energiegewinnung hat so viele Menschenleben gekostet wie Förderung von Erdöl“. Sie dagegen, Herr Minister, bezeichnen die Erdölförderung offiziell als eine „verhältnismäßig umweltverträgliche Form der Energiegewinnung“. Wem sollen wir glauben?

Die Frage ist müßig. Als mündige Bürger suchen wir das Gespräch mit anerkannten Experten, lesen zuverlässige wissenschaftliche Studien – und Berichte aus den Gegenden, in denen seit Jahren Öl gefördert wird, mit der Technologie, die Sie als „sicher“ bezeichnen. Freisetzung von Methan, Benzol, Quecksilber, radioaktive Stoffe, Millionen Liter von Salzwasser – all das kann geysirartig an die Oberfläche schießen. In deutschen Öl- und Gasförderungsgebieten gibt es erhöhte Krebsraten. Erdbeben treten auf – in Regionen, in denen die Erde zuvor nie gebebt hat. Lagerstättenwasser und Bohrschlamm verseuchen dauerhaft Umwelt und Trinkwasser – und die DEA ist bekannt dafür, dass sie mit diesen hochgiftigen Nebenprodukten fahrlässig umgeht. Gerade in Schwedeneck mit seiner international geschützten, instabilen Steilküste sind diese Gefahren für die Bevölkerung und die Region besonders groß. Das ist die Realität.

Herr Minister Habeck, unsere erste Frage: Wie können Sie diese Realität als „verhältnismäßig umweltverträglich“ bezeichnen?

### **Frage 2: Warum nutzen Sie nicht den Spielraum, den das Bundesberggesetz Ihnen zum Schutz der Umwelt gewährt?**

Herr Minister Habeck, Sie werfen uns vor, dass wir uns mit der Rechtslage nicht auskennen. Tatsächlich haben wir die Gesetze sehr genau studiert und haben heute eigens juristische Experten für die Podiumsdiskussion eingeladen.

Eine Frage aber gleich jetzt: In Ihren öffentlichen Aussagen beteuern Sie immer wieder, dass das Bundesberggesetz Sie zu Bewilligungen und industriefreundlichem Handeln zwingt. In Wirklichkeit lassen mehrere Paragraphen dieses Berggesetzes Ihnen reichlich politischen Spielraum. Spielraum? Paragraph 18 **verpflichtet** Sie sogar dazu, der DEA die Bewilligung, in Schwedeneck Öl aufzusuchen und zu fördern, sofort zu entziehen – denn wie Ihr Ministerium uns gerade heute bestätigt hat, hat die DEA in den Jahren seit 2013 „keine bergmännischen Aufsuchungstätigkeiten im Feld Schwedeneck-See durchgeführt“. Damit **müssen** Sie laut § 18 die Bewilligung widerrufen.

Unsere Frage: Warum nutzen Sie als Umweltminister nicht den Spielraum, den Ihnen das Bundesberggesetz zugunsten der Umwelt lässt? Warum folgen Sie nicht der Verpflichtung des § 18 und entziehen der DEA die Bewilligung zur Ölförderung in Schwedeneck?

### **Frage 3: Warum halten Sie die wesentlichen Entscheidungen geheim, entgegen Ihrem Versprechen von Transparenz und Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung?**

Am 3. Februar 2014 haben Sie allen Bürgerinitiativen der betroffenen Gebiete versprochen, künftig alle Informationen zu den geplanten Ölförderungsprojekten auf der Webseite Ihres Ministeriums zu veröffentlichen. Dieses Versprechen haben Sie zehn Monate später gegenüber den Bürgermeistern und Gemeindevertretern dieser Gebiete wiederholt. Dennoch sind diese Informationen niemals auf der Webseite Ihres Umweltministeriums erschienen. Am 10. März 2016, also vor zwei Monaten, waren Vertreter sämtlicher Bürgerinitiativen zu einem Gespräch im Umweltministerium. Auf die Frage, ob für das Gebiet Sterup bereits ein Betriebsplan vorliege, antworteten Ihre Mitarbeiter: „Nein.“

Drei Wochen später stellte sich heraus, dass das Bergamt eben diesen Betriebsplan bereits im September 2015, also sechs Monate vor unserer Frage, genehmigt hatte. Sie, derzeit die oberste Fachaufsicht des Bergamts, sagen, Sie hätten davon nichts gewusst. Haben Sie Ihre eigene Behörde nicht im Griff?

Sie weigern sich bis heute, die Genehmigung für Sterup zurückzuziehen, die entgegen Ihrem Versprechen von Transparenz und Einbeziehung der Bürger sowie der regionalen Behörden in aller Heimlichkeit erteilt wurde. Sind Ihnen selbst Ihre Versprechen so wenig wert?

Doch nicht nur die Bürger fragen sich, was das eigentlich für eine Politik ist. Inzwischen wundert sich auch der Landtag. Ihr Ministerium weigert sich, dem Landtag

Betriebsplananträge und -genehmigungen unaufgefordert mitzuteilen. Nur Aufsuchungs- und Bewilligungsanträge sollen mitgeteilt werden – und dabei weisen Sie immer darauf hin, diese Anträge seien unproblematisch, weil ja noch ein Betriebsplan genehmigt werden müsse.

Wie wir aber mit Sterup gesehen haben, wird ein solcher Betriebsplan dann vollkommen am Landtag und an der Bevölkerung vorbei genehmigt. Damit wird hier offenbar alles streng geheim gehalten und verschleiert, was die Ölförderung in Schleswig-Holstein betrifft. Weder die Bevölkerung noch der Landtag werden über Ihr Handeln und Ihre Entscheidungen informiert, selbst dort, wo beide ein klar verbrieftes Recht auf diese Informationen haben.

Unsere Frage: Wann werden Sie Ihr Versprechen umsetzen, für Transparenz in bergrechtlichen Verfahren zu sorgen und alle relevanten Informationen für Jedermann zugänglich zeitnah auf der Homepage Ihres Ministeriums veröffentlichen?

### **Frage 4: Warum nehmen Sie Ihre Verantwortung als Umwelt- und Energiewendeminister nicht wahr?**

Herr Minister Habeck, all diese Fragen führen für uns zu einer großen Frage: Wie können Sie, als von den Bürgern gewählter Politiker, als Minister für Umwelt und Energiewende, als Vertreter der Grünen, derart gegen die Umwelt und damit gegen die gesunden Lebensbedingungen der Bevölkerung arbeiten? Wie können Sie derart industriefreundlich handeln – entgegen der Energiepolitik der Bundesregierung, entgegen den internationalen Klimabeschlüssen, ja, entgegen dem gesunden Menschenverstand? Sie haben mit Ihren Bewilligungen ein Drittel der Landesfläche Schleswig-Holsteins zur Ölförderung freigegeben – und zementieren damit auf Jahrzehnte eine rückwärtsgewandte, schädliche Energie- und Umweltpolitik.

Sie stehen als Kandidat für die Urwahl der Grünen und wollen danach nicht mehr nach Schleswig-Holstein zurückkehren. Wollen Sie das Land, in dem wir leben, tatsächlich auf Jahrzehnte zu einer Industiewüste machen – und sich gleichzeitig aus aller Verantwortung herausziehen?

Als Umweltminister haben Sie die höchste Verantwortung im Lande, um die Umwelt und damit die gesunden Lebensbedingungen der Bürger zu schützen. Als oberste Fachaufsicht des Bergamts stehen Sie gleichzeitig einer Behörde vor, deren Aufgabe und erklärtes Ziel es ist,

die Industrie und die Gewinnung fossiler Energien zu fördern. Sie stehen also in einem Dilemma zwischen Umwelt und Industriefreundlichkeit – wollen Sie als Umwelt- und Energiewendeminister und als Vertreter der Grünen sich wirklich *gegen* die Umwelt und somit gegen die betroffene Bevölkerung entscheiden?

Herr Minister Habeck, wir Bürger verstehen Ihr Handeln nicht. Wir verstehen nicht, wie Sie unser Land, unsere Gesundheit, unsere Existenz der Ölindustrie vorwerfen können – als leichte Beute. Die Konsequenzen müssen wir, unsere Kinder und unsere Enkel tragen.

Warum handeln Sie, unser Umweltminister, in allem, was Ölförderungsprojekte in Schleswig-Holstein betrifft, so inkonsequent? Sie treten für ein verschärftes Düngerecht ein, um das Grund- und Trinkwasser Schleswig-Holsteins zu schützen – die Ölkonzerne aber dürfen unser Trinkwasser gefährden. Sie kritisieren die Dänen, die mit ihrer Ölförderung die Schweinswale in der Nordsee gefährden – die Schweinswale in der Ostsee aber geben Sie den Gefahren der Ölförderung preis. Sie sagen in den Medien, dass Sie Ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn Sie keinerlei Ölförderung zulassen – ist es denn glaubwürdiger, wenn Sie als Umweltminister jeden einzelnen Antrag zur Ölförderung, der bislang gestellt wurde, genehmigen?

Unser Appell heute Abend an Sie: Handeln Sie endlich als Umweltminister der Grünen – für die Umwelt und für gesunde Lebensbedingungen.

**Bürgerinitiative „Hände weg von Schwedeneck“**

<http://www.haendewegvonschwedeneck.wordpress.com/>; [haende-weg-von-schwedeneck@gmx.de](mailto:haende-weg-von-schwedeneck@gmx.de)

Sprecherin: Prof. Dr. Linda Maria Koldau, Tel. 04308-189476